

18. September 2009

## **Zürcher Migrationskonferenz**

### **Religion und ihre räumliche Repräsentation**

Begrüssung durch Stadtpräsidentin Corine Mauch

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat  
Sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Städte waren immer schon Orte, in denen sich verschiedenste Menschen einen Lebensraum teilen. Ihre Bewohnerinnen und Bewohner unterscheiden sich unter anderem durch ihre Biografien, ihre Kompetenzen, ihre Ziele und ihre Herkunft. Differenz ist Teil des städtischen Alltags. Dadurch stellt sich die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem besonderen Ausmass. Denn auch die heterogene Bevölkerung einer Stadt braucht Identität und Heimat. Und jede Stadt benötigt Einwohnerinnen und Einwohner, die sich in ihr sicher und wohl fühlen und die gemeinsam auf die eine oder andere Art und Weise die weitere Zukunft mitgestalten.

Damit dies gelingen kann, braucht es einen durch Regeln und Prinzipien strukturierten gemeinsamen Orientierungsrahmen, die Respektierung der individuellen Lebensarten und die Erkenntnis, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt – in unserem Falle der Stadt Zürich – nicht nur Zürcherinnen und Zürcher sind, sondern zugleich noch weitere Identitäten und Bezugspunkte haben.

Einer dieser Bezugspunkte kann der Glaube bzw. die religiöse Zugehörigkeit sein. Diese hat für den Staat und damit auch für den Zürcher Stadtrat eine *spezielle* Bedeutung. Vor allem deswegen, weil sie eigentlich nicht von Bedeutung ist. Religion ist Privatsache. Dies bedeutet ganz konkret, dass es mich in meiner Funktion als Stadtpräsidentin nicht interessiert, an welchen Gott sie glauben und ob sie religiöse Praktiken vollziehen oder nicht. Und es interessiert in der Regel auch die Arbeit der Stadtverwaltung nicht.

Was mich aber interessiert, und was den Staat als solchen interessiert, ist, dass Sie, wenn Sie denn einen Glauben haben, sich zu diesem bekennen können und Sie diesen öffentlich und auch sichtbar leben können. Voraussetzung dafür ist einzig, dass Sie dies auf der Basis der geltenden Rechtsordnung tun. Das bedeutet unter anderem, dass eine religiöse Praxis (oder eine kulturelle Tradition) keine Menschenrechte verletzen darf und dass die Freiheitsrechte Andersgläubiger (oder Nichtgläubiger) nicht beeinträchtigt werden.

Wenn sich im Zürcher Stadtbild also Kirchen zeigen (von denen es einige hat), oder Moscheen (von denen es auch einige hat, aber nicht so gut sichtbare), oder Synagogen oder Tempel, dann ist das für uns in Ordnung und in einem gewissen Sinne selbst-

verständlich. Diese Bauten sind keine Störfaktoren und sie sind auch keine Bedrohungen. Sie sind vielmehr Ausdruck einer durch die Stadtbevölkerung gelebten Kultur und damit Ausdruck der in unserer Gesellschaft gelebten Vielfalt.

Wir werden Ihnen aber keine Gotteshäuser bauen und auch keine anderen Begegnungsräume. Denn das ist nicht Aufgabe des Staates. Doch im Rahmen unserer Politikgestaltung und mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften werden wir uns dafür einsetzen, dass Sie solche Orte und Zentren bauen und benützen können, wenn Sie dies wollen. Und dass sie diese Räume (im Rahmen des geltenden Baurechts) so bauen können, wie Sie dies wollen und wie es Ihnen gefällt.

Im Namen welcher Religion Sie dies tun möchten, spielt dabei keine Rolle. Die Freiheitsrechte (und die Bauzonenordnung) gelten für alle. Dass diese Rechte und diese Selbstverständlichkeiten momentan durch politische Kreise in Frage gestellt werden (und dass dabei politische Freiheitsrechte strapaziert, wenn nicht missbraucht werden), ist bedauerlich und auch gefährlich.

Wir sind herausgefordert, wichtige Grundrechte zu verteidigen. Wir sind gefordert, unser Möglichstes zu tun, damit die Minarettinitiative Ende November abgelehnt wird. Und ich darf Ihnen versichern (und ich denke, dass ich dies im Namen des ganzen Stadtrats von Zürich tun kann), dass wir dazu unsere Beiträge leisten werden.

Die heutige Konferenz ist keine politische Veranstaltung im Rahmen des Abstimmungskampfes. Doch eine gewisse Verbindung lässt sich natürlich nicht abstreiten. Sie ist ja auch bewusst gesucht. Aber es geht uns mit der diesjährigen Migrationskonferenz nicht darum, Sie zu einem Nein an der Urne zu bewegen.

Vielmehr wollen wir im Rahmen einer fachlichen (und auch politischen Diskussion) versuchen, die Frage der räumlichen Repräsentation von Religionen in einem grösseren Zusammenhang zu sehen. Dabei werden wir verschiedene Perspektiven berücksichtigen und anschliessend in einem Podiumsgespräch aufgreifen können.

Alt Bundesrichter Nay wird die Frage der Grundrechte in den Vordergrund stellen. Professorin Pezzoli-Olgiati aus religionswissenschaftlicher Sicht auch historische Bezüge herstellen (wir alle wissen, dass beispielsweise der Bau katholischer Kirchen in der Stadt Zürich lange Zeit alles andere als selbstverständlich war). Und Herr van Gent wird den Blick geografisch öffnen und über sich anderswo ergebende ähnliche Fragestellungen berichten.

Vorgängig, und im Sinne eines Einstiegs, wird Herr Meier kurz einen Überblick über diejenigen Religionsgemeinschaften geben, die für die in der Stadt Zürich wohnenden Migrantinnen und Migranten bedeutsam sind. Dabei wird sich unter anderem zeigen, (ich kann dies vorweg nehmen), dass es mehr Gemeinschaften gibt als man vielleicht in einer ersten Schätzung vermuten würde.

Die Zürcher Religionslandschaft ist vielseitig und hat verschiedenste Facetten. Dennoch ergeben sich aus den unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten der Stadtzürcher Bevölkerung kaum alltagsrelevante Probleme. Es gelingt fast durchwegs, die direkten Berührungspunkte zwischen der Stadt und den Religionsgemeinschaften (bzw. den religiösen Bedürfnissen ihrer Mitglieder) zufriedenstellend zu gestalten. Dies nicht zuletzt dank einer pragmatischen und lösungsorientierten Haltung aller Beteiligten und dank des durch regelmässige Kontakte aufgebauten gegenseitigen Vertrauens.

Leider können wir bei einigen Anliegen, die an uns herangetragen werden, nicht wie erwünscht oder erhofft weiterhelfen. Denn die Stadt hat oft keinen oder nur einen sehr

begrenzten Einfluss auf allfällige Lösungsmöglichkeiten. Diese Anliegen betreffen die Suche und die Miete von regelmässig (oder an hohen Feiertagen) nutzbaren Räumlichkeiten. Sie betreffen die Sorge, dass Kinder aufgrund des neuen Schulfachs Religion mehr über andere Religionen lernen als über die eigene (verschiedenen Religionsgemeinschaften fehlt es an den nötigen finanziellen Mitteln oder an den geeigneten Lehrkräften für einen eigenen Unterricht). Oder sie betreffen das Bedauern, dass Gästen und TouristInnen in Zürich teilweise keine angemessenen und grosszügigen Gebetsräume zur Verfügung stehen.

Ich freue mich aber, dass sich unter den Teilnehmenden unserer heutigen Konferenz nicht nur politisch Tätige und Mitarbeitende der Stadtverwaltung befinden, sondern auch Frauen und Männer, die in einer religiösen Gemeinschaft oder im interreligiösen Dialog engagiert sind. Ihnen danke ich besonders für ihre Beiträge zu Gunsten des guten Zusammenlebens aller in unserer Stadt. Sie sind wichtig.

Gleichzeitig möchte ich mich dafür entschuldigen, dass es uns nicht gelungen ist, die heutige Konferenz auf ein Datum zu legen, das frei ist von religiösen Feiertagen. Die jüdische Gemeinschaft feiert heute Neujahr (dazu meine herzlichen Glückwünsche), und die Musliminnen und Muslime stehen mitten im Fastenmonat Ramadan (auch dazu meine besten Wünsche und den Vertretungen der VIOZ nochmals herzlichen Dank für die Einladung letzten Montag zum Fastenbrechen).

Bevor ich meine Begrüssung beende, möchte ich die Gelegenheit noch dazu nutzen, Sie auf den Integrationsbericht des Stadtrats hinzuweisen, welcher nächsten Mittwoch veröffentlicht werden wird. Er ist relativ umfassend und bietet eine Auslegeordnung über die verschiedensten Fragestellungen, die sich für die Stadt Zürich aus dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft ergeben.

Der Bericht, der zuhanden des Gemeinderats erstellt wurde und der unter anderem eine fundierte Diskussion über die zukünftige Weiterentwicklung der Integrationspolitik ermöglichen soll, bringt die in der Stadt Zürich gelebte Vielfalt zum Ausdruck. Er erachtet diese als normal und als eine Realität, die mitverantwortlich ist für den wirtschaftlichen Erfolg und die hohe Lebensqualität in unserer Stadt.

Aber Vielfalt ist immer auch eine Herausforderung. Es gilt, vorhandene Probleme frühzeitig zu erkennen und pragmatisch anzugehen. Es gilt, in das gute Zusammenleben zwischen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung zu investieren, um das Potenzial unserer Gesellschaft optimal zu entfalten. Und es gilt, spezifische Fragestellungen sachlich und gut vernetzt aufzugreifen – zum Beispiel im Rahmen einer Migrationskonferenz.

Ich danke allen, die zur heutigen Veranstaltung beigetragen haben und wünsche Ihnen eine anregende Tagung.